

## Nein zur Wirtschafts-NATO!

### Grußwort

**der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)  
zum Globalen Aktionstag gegen Handels- und Investitionsschutzabkommen,  
Mainz, 18. April 2015**

Krieg und Handel standen schon immer in einem Wechselverhältnis zueinander, nicht nur weil die Grenzen zwischen Handel und Raub schon immer fließend waren. Handelsregime sind Ausdruck von Machtverhältnissen, sie können auch direkt durch Krieg erzwungen werden. Ein besonders drastisches Beispiel sind die beiden Opiumkriege, in denen Großbritannien China zum Freihandel zwang und den chinesischen Markt gewaltsam für den britischen Drogenhandel öffnete.

Wirtschaftliche Zusammenschlüsse gehen oft einher mit geopolitischer und militärischer Blockbildung. Wirtschaftsabkommen können auch direkt zum Krieg führen, wie wir gerade im Fall der Ukraine erleben mussten. Der Waffenstillstand in der Ost-Ukraine wird auch in diesen Tagen immer wieder verletzt, und es sterben deshalb immer wieder Menschen. Auslöser des Konflikts war der Streit um das EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine. Weithin unbekannt ist die militärische Komponente dieses Abkommens, das „die Annäherung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ vorsieht. Allein das zeigt die geopolitische Explosivität der EU-Assoziationsabkommen mit der Ukraine, Moldawien und Georgien.

Es gibt also gute Gründe auch aus friedenspolitischer Sicht einen kritischen Blick auf wirtschaftliche Abkommen und auch auf die *Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft* (TTIP) zu werfen.

Hillary Clinton charakterisierte in ihrer Zeit als US-Außenministerin die TTIP als „Wirtschafts-NATO“. Andere sprechen von einer Erneuerung der NATO durch die TTIP. Es geht ganz grundsätzlich um die Neuformierung und Stärkung des westlichen Machtblocks gegen Rivalen wie China oder Russland, gleichzeitig um die Propagierung des neoliberalen Modells des Kapitalismus gegen den Staatskapitalismus autoritärer Staaten.

Die transatlantische Energiekooperation soll die Abhängigkeit der Europäischen Union von Russland reduzieren und kann so den Weg für eine noch konfrontativere Politik frei machen. Schließlich soll das Abkommen eine Vertiefung der transatlantischen Rüstungskooperation und einen europäischen Rüstungsschub bewirken. All diese Auswirkungen des Abkommens fördern die ohnehin schon gefährlichen Tendenzen zu einer weiteren Blockbildung im internationalen System und leisten einer weiteren Militarisierung im Westen Vorschub.

Es wird erwartet, dass der transatlantische Rüstungsmarkt durch die TTIP enger zusammenwachsen könnte und dass es zu einer engeren Verflechtung der Rüstungskonzerne sowohl innerhalb Europas als auch zwischen Nordamerika und Europa kommen könnte. Zwar wird der Bereich der Rüstung explizit aus dem Abkommen ausgeschlossen, trotzdem könnten zivil und militärisch nutzbare Produkte, sogenannte *dual-use*-Rüstungsgüter als zivil klassifiziert werden und so doch Teil der TTIP sein.

In den 70er und 80er Jahren waren Assoziationsabkommen zwischen der EU und Entwicklungsländern noch von einseitigen Zugeständnissen zugunsten der Entwicklungsländer charakterisiert: ihnen wurden Zollpräferenzen und Zugangsgarantien zu den Märkten der Industrieländer zugesichert. Im Ost-West-Konflikt gewährten auch die USA und Canada Ländern der Karibik solche Vorteile. Seit den 1990er Jahren bestehen die Industrieländer jedoch auf Reziprozität: sie beharren auf Öffnung der Märkte der Entwicklungsländer für Produkte und

Dienstleistungen der Industrieländer. Auf Betreiben vor allem der USA sollten alle Länder Amerikas mit Ausnahme Cubas eine neoliberal geprägte Freihandelszone bilden, die *Free Trade Area of the Americas*, FTAA, oder *Área de Libre Comercio de las Américas*, ALCA. In den Kleinstaaten der Karibik und auch anderswo war das Entsetzen groß. Selbst der *Gleaner*, die konservative dominante Tageszeitung Jamaicas, schlussfolgerte damals: „Jetzt hat die Globalisierung, wie James Bond, die Lizenz zum Töten.“ Einige hier erinnern sich vielleicht noch an die massiven Proteste gegen die FTAA beim Gipfeltreffen in Québec 2001. Selbst scharfe Kritiker der Freihandelszone sahen sie angesichts der neoliberalen Übermacht als „unvermeidlich“ an und sahen sich resignierend gezwungen, sich zu fügen. Nichts schien das für 2005 vorgesehene Inkrafttreten der FTAA verhindern zu können. Doch der Widerstand wuchs, die Verhandlungen stockten. Inzwischen schreiben wir das Jahr 2015. Und die einst unvermeidlich erscheinende gesamtamerikanische Freihandelszone gibt es bis heute nicht. Das zeigt: Auch internationale neoliberale Mega-Projekte können gestoppt werden!

Dr. Gernot Lennert, Landesgeschäftsführer der DFG-VK Rheinland-Pfalz

*Zum Weiterlesen:*

- Tim Schumacher: Geopolitischer Sprengstoff: Die militärisch-machtpolitischen Hintergründe des TTIP. IMI-Studie 2014/05 <http://www.imi-online.de/2014/10/06/geopolitischer-sprengstoff-die-militaerisch-machtpolitischen-hintergruende-der-ttip/>
- Gernot Lennert: Die Karibik und die amerikanische Freihandelszone *Free Trade Area of the Americas*. In: Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation. Nr. 39 (April 1999) S. 24-35